

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 13. Dezember 1978

Blatt 3123

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Handelskammer für eigene Wiener Lehrplatzförderung
Alsergrund: Bezirksvertretung konstituiert
Mayr: Mehr Bundesmittel für Lehrlinge in Wien
Wiener Orden für verdiente Ärzte
- Lokal: Vizepräsident des Irak im Rathaus
(orange)
- Kultur: Großer Erfolg der Hausmusik-Aktion
(gelb) Die Entwicklungsgeschichte des Wiener Walzers

k u l t u r :

=====

wien ist doch eine musikstadt
grosser erfolg der hausmusik-aktion

1 wien, 13.12. (rk) dass wien doch eine musikstadt ist - im sinne nicht nur von musikkonsum im konzert und vom plattenteller sondern von aktivem musizieren - dieser beweis gelang in den vergangenen monaten dem wiener volksbildungswerk. denn dem aufruf der organisation an jene wiener, die im schubertjahr im sinne dieses komponisten hausmusik veranstalten, sich zu melden, erwies sich als wesentlich erfolgreicher, als selbst die optimistischen organisatoren glauben wollten. nicht weniger als 76 solche schubertiaden fanden zwischen april und ende september 1978 in wiener privathaeusern etc. statt. aber nicht nur die hohe zahl dieser veranstaltungen ist erstaunlich, sondern auch der personenkreis, der sie veranstaltete.

entgegen einem landlaefigen vorurteil setzte sich dieser personenkreis nur zu etwa einem drittel aus personen zusammen, die man mit einer allerdings nicht mehr ganz aktuellen soziologischen bezeichnung als grossbuergertum bezeichnen koennte. ein weiteres drittel der aktiven musikliebhaber waren arbeitnehmer der mittelschicht, das letzte drittel schliesslich stellten vereinigungen und organisationen.

auf dem spielplan der verschiedenen veranstaltungen standen vor allem schubertlieder, klaviermusik, aber auch streichquartette und quartette und quintette mit gemischter besetzung.

zum abschluss der erfolgreichen aktion hatte das wiener volksbildungswerk diensttag abend zu einem schubertkonzert ins haus der begegnung doebling, eingeladen. ausfuehrende waren das alt-wiener-kammerensemble in der tautenhayn-besetzung, der arbeitersaengerbund doebling und das wiener waldhornseptett. (may)

0834

k u l t u r :

=====

die entwicklungsgeschichte des wiener walzers

3 wien, 13.12. (rk) mit der entwicklung des wiener walzers be-
schaeftigt sich die 58. sonderausstellung des historischen museums
der stadt wien. im mittelpunkt der dokumentation steht die re-
konstruktion der walzerchoreographie und das spezifische wiener
milieu, das den naehrboden fuer die entstehung des 'wiener walzers'
schuf. der zeitraum von 1750-1850 war fuer wien eine zeit, in der
nicht nur gern getanzt wurde, sondern sich auch eine reihe von neuen
tanzkreationen entwickelte. 'fasching in wien' wird gleichgesetzt
mit wiener walzer und wiener ballkultur zum unterschied vom oeffent-
lichen faschingstreiben auf der strasse und maskenumzuegen, wie
sie andernorts diesen jahresabschnitt charakterisieren. diese hinnei-
gung zu baellen und tanzveranstaltungen ist aber nur zum teil eine
folge der 'wienerischen mentalitaet': entstanden ist sie vor allem
als reaktion auf die gesetzlichen Bestimmungen zur zeit maria there-
sias.

die ausstellung will den prozess der entstehung des typischen
wiener walzers dermassen aufzeigen, dass alles, was unmittelbar oder
mittelbar mit dem tanzgeschehen im zusammenhang steht, einbe-
zogen wird. so ist die ausstellung in sieben einander ergaenzende
abschnitte geteilt, die den themen tanzmusik, tanzlokale, tanz-
lehrer, choreographie, buhnentanz, ballkleider und karrikatur
gewidmet sind. die palette der ausgewaehlten gegenstaende,
die diese entstehungsgeschichte des walzers illustrieren helfen,
reicht von darstellungen auf spielkarten bis zum sogenannten
'giraffenklavier' von josef lanner.

zur eroeffnung der ausstellung am 13. dezember wird es um 17.30
uhr in der ausstellung fuer die eroeffnungsgaeste ein walzerkonzert
geben, bei dem nicht nur die spielmusik rudolf pietsch, die harfe-
nistin elisabeth pillgrab und der radleierspieler sepp gmasz mit-
wirken, sondern auch hochschulprofessor walter deutsch und
dr. reingard witzmann erlaeuterungen zur entwicklungsgeschichte
des wiener walzers geben. diese konzertveranstaltungen werden am
13. jaenner und am 8. februar jeweils um 17.30 uhr wiederholt.

die ausstellung laeuft waehrend des ganzen dezembers und bis zum ende des faschings, bis 25. februar 1979. sie ist bei freiem eintritt dienstag, mittwoch und freitag von 10 bis 16 uhr. , donners- tag von 10 bis 19 uhr, samstag von 14 bis 18 uhr sowie an sonn- und feiertagen von 9 bis 17 uhr geoeffnet. zur ausstellung gibt es zum preis von s 75.- einen katalog mit zahlreichen abbildungen und fachbeitraegen von univ.-prof. dr. erwin ringel und hochschul- professor franz eibner. (may)

1004

k o m m u n a l :

=====

handelskammer fuer eigene wiener Lehrplatzfoerderung

2 wien, 13.12. (rk) der wiener handelskammerpraesident ing. karl d i t t r i c h forderte diensttag abend in einem presse-gespraech eine eigene wiener aktion zur Lehrplatzfoerderung. die gemeinde wien sollte in den jahren 1979 bis 1983 fuer jeden neu zu schaffenden Lehrplatz einen monatlichen zuschuss von 1.500 schilling bei den maedchen und von 1.000 schilling bei den burschen leisten. die handelskammer rechnet mit insgesamt tausend neuen Lehrplaetzen, wovon 650 auf maedchen und 350 auf burschen entfallen. die kosten fuer das erste jahr werden mit 15,9 millionen schilling angegeben.

nach ansicht der wiener handelskammer ist wien bei der Lehrplatzfoerderungsaktion des bundes eklatant diskriminiert. die arbeitsmarktverwaltung foerdert in ganz oesterreich zweitausend zusaetzliche Lehrstellen mit monatlich 2.000 schilling. in wien werden allerdings nur 20 Lehrstellen gefoerdert. das jahr 1978 hat gezeigt, dass auch in wien bei den Lehrstellen ein gewisser saettigungsgrad erreicht wurde. es konnten zwar alle maedchen und burschen untergebracht werden, doch war vor allem die unterbringung der maedchen schwierig. da bis 1984 mit einem weiteren steigen der Lehrlingszahl gerechnet werden muss, ist die schaffung einer wiener Lehrplatzfoerderung ein aeusserst wichtiges und vordringliches problem. (sei)

1000

alsergrund:

bezirksvertretung konstituiert

4 wien, 13.12. (rk) als letzte hielt die neugewaehlte bezirksvertretung des 9. bezirkes mittwoch nachmittag ihre konstituierende sitzung ab. zum bezirksvorsteher wurde wolfgang s c h m i e d (oevp) gewaehlt. seine stellvertreter sind ilse h o n d l (oevp) und karl s c h m i e d b a u e r (spoe). stadtrat peter s c h i e d e r nahm die angelobung des bezirksvorstehers, seiner stellvertreter und der bezirksraete vor. von den 30 mitgliedern der bezirksvertretung alsergrund gehoeren 14 der oevp, 14 der spoe und 2 der fpoe an. (z1)

L o k a l :

vizepraesident des irak in oesterreich

8 wien, 13.12. (rk) der vizepraesident des irak taha mohieddin
m a a r u f besuchte mittwoch das wiener rathaus, wo er von landes-
hauptmann und buergermeister leopold g r a t z begruesst wurde. der
gast trug sich in das goldene buch der stadt wien ein. (st1)

1049

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

stadtplanung

7 wien, 13.12. (rk) mit der beratung des kapitels stadtplanung wurde mittwoch die sitzung des gemeinderates wieder aufgenommen. gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) begruesste es, dass nach langem hin und her nun doch ein stadtentwicklungsplan ausgearbeitet wird, bemaengelte aber, dass im sachbereich verkehr die ziele unklar beziehungsweise nicht konkret genug sind. so wird das problem der laermbelaestigung zwar behandelt, aber nicht die schlussfolgerung gezogen, in hinkunft keine wohngebiete an verkehrsflaechen mit starkem verkehrsaufkommen zu planen. als beispiel fuer verfehlte planung nannte er die wohnhausanlagen am schoepfwerk, wo jetzt gewissermassen als reparaturmassnahme eine laermschutzwand errichtet wird. vorhaben, die nicht im einklang mit dem umweltschutz stehen, sollten daher ueberprueft und umgeplant werden. die zunahme der zahl der autos auf 600.000 bis 1980 muesste eine neuordnung der infrastruktur bewirken. es sei anzustreben, arbeitsplaetze nahe der wohngebiete und freizeiteinrichtungen zu planen, um den berufsverkehr zu vermindern.

bei solchen bestrebungen stellt die stadterneuerung einen schwerpunkt dar. da eine juengere wohnbevoelkerung in den erneuerungsgebieten zu einen hoeheren motorisierungsgrad fuehrt, muessten genuegend, erschwingliche garagierungsplaetze geplant werden. die stellplatzverpflichtung in der bauordnung sollte auf mindestens einen stellplatz pro wohnung geaendert werden. als wichtiger teil der stadterneuerung haben sich die fussgaengerzonen erwiesen. bedauerlicherweise werden sie teilweise stark von hunden verschmutzt. ein vorschlag: automaten aufzustellen, aus denen die hundebesitzer um ein paar schilling pappschaufeln zum wegraeumen der hundeabfaelle beziehen koennen.

nach ansicht der freiheitlichen wird die s-bahn, die sich sehr bewaehrt hat, nur schleppend ausgebaut. wien hat ein ausgedehntes

bahnnetz aus der monarchie, im planungskonzept wird diese chance nicht genuetzt - vom ausbau der vorortelinie ist dort ueberhaupt nichts zu finden. nach einer finanziellen berechnung der bundesbahnen wuerde dieser ausbau 500 millionen bis eine milliarde kosten. der vorortelinien-ausbau wuerde bewirken, dass sich das derzeit starke radiale verkehrsaufkommen tangential entwickelt. der baubeginn der u 3 ist angeblich fuer 1981/82 vorgesehen. angesichts der enormen kosten, sollte man darauf verzichten und stattdessen die vorortelinie und die u-bahnlinien u 1, u 2, u 4 voll ausbauen und die u 6 in angriff nehmen.

vor allem sollte die u 1 nach sueden fortgesetzt und im norden ueber kagran hinaus bis zur s-bahn leopoldau verlaengert werden. gleichzeitig mit dieser ring-herstellung muessten voraussetzungen fuer ein park-and-ride-system an den anschlussstellen geschaffen sowie beschleunigungsmassnahmen fuer wichtige strassenbahnlinien wie 52er, 58er, 5er und d getroffen werden. (smo) (forts.)
1046

wiener gemeinderat (2):

stadtplanung (forts)

9 wien, 13.12. (rk) gr. dr. m a y r (oevp) begruesste es, dass die ma 19 (stadtgestaltung) erstmals einen eigenen budgetansatz hat. der eigene betrag von zehn millionen schilling reicht aus, sich ohne abhaengigkeit von strassenbauvorhaben und ohne zeitdruck mit stadtgestalterischen fragen zu beschaefftigen.

von den 14 teilen des stadtentwicklungsplanes wurden bisher sieben im ausschuss diskutiert . es handelt sich dabei um umfangreiche, hervorragend zusammengefasste bestandsaufnahmen. es zeigen sich dabei entwicklungen, die von der oevp schon aufgezeigt wurden, etwa die gefaehrlichen umfahrungstendenzen wiens im europaeischen strassen- und eisenbahnnetz und die gefahr der verstumung von teilen der stadt.

eine reihe von zielvorstellungen des stadtentwicklungsplanes werden von der oevp geteilt. das hauptproblem ist die politische umsetzbarkeit der ziele. so wurde zum beispiel in breitenlee ein acker zum quadratmeterpreis von 108 schilling - die umwidmung

auf bauland stehe bei diesem preis im raum -, erworben, obwohl laut stadtentwicklungsplan geordnete laendliche raeume erhalten bleiben sollen.

das gravierendste problem der naechsten jahre ist die stadt-erneuerung. die hauptgruende fuer die abwanderung aus den gefaehrdeten stadtteilen sind die schlechte wohnungsausstattung, die umweltbelastung sowie das fehlen von stellplaetzen und gruenflaechen. bei der wohnungsverbesserung zeigt sich, dass sie gerade von den sozial schwachen zuwenig in anspruch genommen wird. diesen menschen muesse man bei der einreichung zur hand gehen. an erster stelle der umweltbelaeustigung steht laerm. in den fragen der stellplatz- und gruenflaechenbeschaffung sind grundlegende aenderungen noetig. so kommt etwa im ottakringer gebiet auf den einzigen vorhandenen freien bauplatz ein gemeindebau hin.

notwendig sind organisatorische aenderungen bei der durchfuehrung von verkehrsmassnahmen.

die bodenrechtlichen instrumente sind da, man muss sie nur anwenden. gibt es verfahrensschwierigkeiten, so sind wir bereit zur mitarbeit, erklaerte mayr. die spoe-initiative im parlament zur abaenderung des bodenbeschaffungsgesetzes mit einem eintrittsrecht der gemeinde bei grundkaeufen bezeichnete mayr als ersten schritt zur verwirklichung von juso-forderungen nach sozialisierung von grund und boden. dies wuerde die herausnahme eines bausteines aus dem marktwirtschaftlichen system bedeuten. auch verfassungsrechtliche bedenken seien geltend zu machen. (ger)

wien sollte sich beim laermschutz an graz ein beispiel nehmen, erklaerte gr. h a u b e n b u r g e r (oevp). in graz uebernimmt die stadt die kosten fuer laermschutzfenster, diese grosszuegigkeit waere auch wien zu empfehlen.

dringend zu loesen waere auch das problem der abstellflaechen fuer lkw-zuege. das bautenministerium ist grundsaeztlich bereit, den platz unter den stelzen der suedost-tangente zur nutzung zu ueberlassen. nun ist die stadt wien am zug. bisher hatte man allerdings den eindruck, dass wien nicht mit dem notwendigen druck verhandelt. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

stadtplanung (forts)

10 wien, 13.12. (rk) gr. b r o s c h (spoe) gab einen ueberblick ueber die entwicklung der stadt und ihre gestaltung. wien hat viele stadien vom roemerlager bis zur hauptstadt einer sechsmillionenrepublik durchlaufen und sein aeusseres bild immer wieder den neuen historischen gegebenheiten angepasst. nach der schloefung der basteien 1857 kam es durch zahlreiche grossprojekte wie beispielsweise dem bau der ringstrasse zu finanziellen schwierigkeiten der stadtverwaltung. die eingemeindungen der vororte brachten probleme der infrastruktur mit sich. im wohnungsbau praegten die zinskasernen privater hausherren das bild der stadt. mit dem kommunalen wohnungsbau wurde erst in der sozialistischen aera begonnen. nach dem zweiten weltkrieg hatte die abdeckung der wichtigsten materiellen beduerfnisse den vorrang. in den letzten jahren brach eine neue aera mit einem allgemeinen unbehagen gegen die stadt an. der mensch hat andere beduerfnisse, die zeit der "kleinen aufgaben" hat begonnen. im mittelpunkt des persoenlichen interesses steht die private sphaere des menschen, er zeigt immer weniger interesse an gemeinschaftseinrichtungen.

damit sich der buerger mit seiner stadt identifizieren kann, soll altes erhalten und neues geschaffen werden, der konsens zwischen stadterweiterung und stadterneuerung muss hergestellt werden. die vielfaeltigen facetten der stadtraeume sollen erhalten, beziehungsweise bei neuplanungen beruecksichtigt werden. besondere bedeutung fuer die stadtgestaltung haben die gruenflaechen und die schutzzonen. waehrend jedoch die opposition jedes oeffentliche grundstueck in eine gruenflaeche umgebaut sehen moechte, werden die privatbesitze entweder verbaut oder sind der oeffentlichkeit nicht zugaenglich. seit 1975 wurden von 98 beantragten schutzzonen bereits 59 beschlossen.

die gestaltung der grossen fussgaengerbereiche stephansplatz und graben, oder die neuen planungen wie zum beispiel des morzinplatzes und schwedenplatzes beweisen, dass wien nicht nur eine fremdenverkehrsstadt, sondern eine lebendige stadt fuer alle wienerinnen und wiener ist. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

stadtplanung (forts.)

12 wien, 13.12. (rk) gr. dr. k r a s s e r (oevp) beschaeftigte sich mit der praxis der abbruchspekulanten, die ihr haus systematisch verfallen lassen und die mieter zur resignation treiben. ziehen diese dann aus, erspart es sich der hauseigentuemer, eine ersatzwohnung zur verfuegung zu stellen. die baupolizei kann in solchen faellen instandsetzungsauftraege erteilen und, falls diese nicht erfuehrt werden, ersatzvornahmen durchfuehren. die kosten dafuer werden als zwangshypothek im grundbuch eingetragen. fuer solche ersatzvornahmen sieht das budget im kommenden jahr 4,03 millionen vor. es ist fraglich, ob das ausreicht. die zwangshypothek tut dem hauseigentuemer aber lange nicht weh. durch finten kann er das vollstreckungsverfahren hinauszoe gern. manche spekulanten wuerden aber ueber die ohnmacht der behoerden nicht mehr laecheln, wuerde der vorauszahlungsbescheid sofort am beweglichen vermoegen exekutiert. dr. krasser brachte einen diesbeueglichen a n t r a g ein.

gr. s c h u l t z (spoe) erklarte, dass es in wien tradition hat, planung und stadtgestaltung zu verunglimpfen. das war schon beim bau der ringstrasse so. die gestaltung des karlsplatzes wurde in zeitung en in grund und boden verdammt. die meinung der bevoelkerung steht dazu jedoch im gegensatz. bei einer befragung bezeichneten 61 prozent den platz als sehr gut, 63 prozent stellten ihm das zeugnis "interessant, sauberer platz" aus. nicht anders war es bei der gestaltung des stefansplatzes, des stock im eisenplatzes und des grabens. auch sie wurden verhoehnt, von dr. busek "als total verhunzte gestaltung der innenstadt" bezeichnet. die meinung der wienerinnen und wiener ist auch in diesem fall diametral.

eine wichtige aufgabe der stadtgestaltung wird derzeit im bereich des franz josefs-kai, des morzinplatzes und schwedenplatzes erfuehrt, als harmonische fortsetzung der ringstrasse. durch gruenflaechen, baumgruppen und fussgaengerzonen werden die wohn- und arbeitsgebiete von den verkehrsbauendern getrennt, so dass dort eine

laermverminderung eintreten wird. die garage unter dem morzinplatz wird begruent, vor dem aufgang zur ruprechtskirche wird eine pergola mit sitzplaetzen und einem anschliessenden kinderspielplatz errichtet. der schwedenplatz wird hingegen als verkehrsknoten gestaltet.

im kommenden jahr wird im donaubereich bei langenzersdorf ein grosszuegiger erholungsbereich entstehen, mit wildbadeplatz, spielplaetzen, einem zeltlager fuer das ferienspiel etc. damit man es mit einem oeffentlichen verkehrsmittel erreichen kann, wird der autobus 32 bis dorthin verlaengert. von der schwarzlackenau wird man ueber zwei bruecken und einer donaufaehre zur kuchelau am anderen ufer gelangen koennen.

was die geplante brigittenauer bruecke, als lokale verbindung zwischen dem 20. und 21. bzw. 22. bezirk betrifft, eignet sich die standortfrage nicht fuer eine volksbefragung, wie sie von der oevp beantragt wird. wer soll denn befragt werden: alle wiener, oder nur die brigittenauer oder nur die floridsdorfer oder nur teile der bevoelkerung dieser bezirke? die oevp hat damit offenbar die flucht nach vorn angetreten. (smo) (forts.)

1215

wiener gemeinderat (5):

stadtplanung (forts)

14 wien, 13.12. (rk) die buerger sollen bei problemen mitreden koennen, die sie unmittelbar betreffen, erklarte gr. a r t h o l d (oevp). heute hat die bezirksvertretung weder eine finanzhoheit, noch eine beschlusshoheit, und es kommt zum unhaltbaren zustand, dass eine so gravierende massnahme wie die einfuehrung einer fussgaengerzone weder von der bezirksvertretung noch vom gemeinderat, sondern bloss durch einen verwaltungsakt beschlossen wird.

buergermeister gratz betonte bei der angelobung der bezirksvertretung des 10. bezirks, dass die bezirksraete in ihrer stellung gemeinderaeten von landeshauptstaedten vergleichbar waeren. das stimmt nicht. weiss buergermeister gratz nicht, dass es in oesterreich 2.301 gewaehlte gemeindevertretungen mit eigener finanzhoheit

./.

und eigener beschlusshoheit gibt. die bezirksvertretungen haben von alldem nichts. die aufwertung der bezirksvertretungen muesste endlich praktiziert werden.

der stadtplanung fehlt es an zielvorstellungen. ein beispiel dafuer ist die verlaengerung der u 1 nach rothneusiedl. hier wurde ein forschungsauftrag ueber die trassenfuehrung erteilt. zur gleichen zeit wurde das aua-gebaeude mit 1.200 arbeitsplaetzen bezogen, die verlaengerung der neilreichgasse beschlossen und vorstellungen ueber die verwendung der wienerberggruende erstellt. so hat man nun drei entwicklungsachsen, die man nur mit einer verkehrsachse aufschliessen kann. haette man vor zehn jahren genaue leitlinien ueber die fuehrung der u-bahn erstellt, haette das nicht passieren koennen.

bei der fussgeherzone favoritenstrasse sind viele probleme ungeklaert. es gibt keine vorstellungen ueber die gestaltung der unteren favoritenstrasse. eine initiative der geschaeftsleute in diesem gebiet wurde bisher vom rathaus links liegen gelassen. briefe dieser initiative blieben bis heute unbeantwortet. fuer die anrainer der fussgaengerzone wurden keine parkplaetze geschaffen. das gleiche problem stellt sich fuer kunden, die zum beispiel an den weihnachts-einkaufssamstagen zu wenig parkraum haben. das konzept fuer den anschlussverkehr an die u-bahn war eine ad hoc-loesung und ging daneben. der reumannplatz wurde mit autobussen verschandelt, die anrainer leiden unter dem laerm. (sei) (forts)
1324

wiener gemeinderat (6):

stadtplanung (forts.)

15 wien, 13.12. (rk) die strukturplanung, die verkehrskonzeption sowie das baugeschehen im griff zu behalten - das sind die grundsuetzlichen voraussetzungen der stadtplanung, erklarte gr. r o s e n b e r g e r (spoe). die gliederung des lebensraumes wien ist nicht losgeloest von den problemen der region zu sehen. rosenberger wandte sich im zusammenhang mit der verkehrskonzeption gegen eine verteufelung des individualverkehrs, wenn auch den oeffentlichen

verkehrsmitteln der vorrang gebuehrt. der ordnung und ueberwachung des ruhenden verkehrs muss ein besonderes augenmerk gewidmet werden. ein garagenkonzept ist in ausarbeitung. das u-bahngrundnetz wird in den vorgesehenen zeitabschnitten realisiert. bei der planung von verkehrssarmen zonen war in erster linie der widerstand der geschaeftswelt zu ueberwinden. die einhaltung der bauordnung, des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes ist notwendig, wollen wir das baugeschehen im griff behalten. rosenberger verwies in diesem zusammenhang auf die versuche, den wald- und wiesenguertel 'anzuknabbern'. im niederoesterreichischen bereich werde immer tiefer in den wienerwald 'hineingegraben'. wien ist eine der wenigen grosstaedte der welt, die wirklich grossartige gruenflaechen im stadtgebiet hat. ausser wien haben sich nur insbruck und graz der aufgabe unterzogen, so etwas wie einen stadtentwicklungsplan zu erarbeiten, wobei innsbruck auf dem viertel des weges stehen bleibt und graz nur ein konzept erstellt. rosenberger betonte das grosse engagement von stadtrat wurzer um den stadtentwicklungsplan. mit der bestandsanalyse wurde ein grosser schritt getan. das planerische geschehen nimmt vom flaechenwidmungs- und bebauungsplan seinen ausgang. die abwanderung aus grosstaedten ist eine internationale erscheinung. das bemuehen, die stadterneuerung in den vordergrund zu stellen, ist unbestritten. wir beduerfen fuer die assanierung mehr als des gegenwaertigen bodenbeschaffungs- und assanierungsgesetzes.

es ist notwendig, die verkehrskonzeption an den stadtentwicklungszielen zu orientieren.

das u-bahngrundnetz bedarf der ergaenzung durch die u3, die grosse wohngebiete verbindet und auch dazu beitraegt, abwanderungstendenzen entgegenzuwirken.

rosenberger stellte fest, dass die fussgaengerzone favoriten im april 1974 im gemeinderat behandelt wurde. man soll nicht so tun, als ob die gewaehlten organe von der mitwirkung daran ausgeschlossen waeren. die bezirksvertretungen sind keineswegs machtlos.

rosenberger warf der oevp vor, gegen die u-bahn gewesen zu sein, als sie durch einen bundesrat-beschluss verhinderte, dass der bund ein halbes jahr frueher zuschuesse bezahlen kann.

der mensch steht bei der stadtplanung im mittelpunkt. es wird an den bezirksvertretungen liegen, an die erstellung von

bezirkentwicklungsplaenen zu schreiten. dies wird ein grosser, demokratischer prozess werden, den wir - gestuetzt auf rahmenplaene - auch bewaeltigen werden. (ger)

wenn er in einer pressekonferenz ueber das verkehrressort gesprochen habe, so sei nicht daran gedacht gewesen, die verkehrsplanung aus der stadtplanung herauszunehmen, sondern alle jene magistratsabteilungen, die grund und boden in anspruch nehmen, zusammenzufassen, stellte gr. dr. m a y r (oevp) fest. fuer die fussgaengerzone favoriten habe der gemeinderat zwar sachkredite beschlossen, ueber ihre gestaltung sei jedoch nie diskutiert worden.

(ba) (forts)

1415

wiener gemeinderat (7):

stadtplanung (schluss)

17 wien, 13.12. (rk) die erarbeitung eines stadtentwicklungsplanes ist deswegen so wichtig, weil er einen ueberblick ueber die gesamte entwicklung der stadt bietet. bei der gestaltung der gegenwart mit ihren einzelproblemen darf man nicht vergessen, dass man die weichen fuer die zukunft stellt. dies stellte planungsstadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe) in seinem schlusswort fest. ein teil des stadtentwicklungsplanes ist die verkehrskonzeption, die in wenigen tagen abgeschlossen sein wird. sie unterscheidet sich von den uebrigen verkehrskonzepten im wesentlichen in vier punkten.

- die verkehrsplanung wird als teil der stadtentwicklungsplanung behandelt
- die wechselwirkung zwischen der stadtwirtschaft und dem verkehr wird ganz besonders hervorgehoben
- den oeffentlichen verkehr wird gegenueber dem individualverkehr vorrang eingeraeumt
- umweltschutzmassnahmen werden im besonderen ausmass beruecksichtigt. umland und grosstadt stellen eine einheit dar, fuer die es bis zur gruendung der planungsgemeinschaft ost keinen institutionellen rahmen gab.

die geschäftsstelle der planungsgemeinschaft ost hat am 1. september ihre taetigkeit aufgenommen und behandelt unter anderem die fuer wien wesentlichen probleme, wie gemeinsame raumordnungsziele, fragen des verkehrsverbundes und des bundesstrassen-netzes.

zu den debattenbeitraegen nahm wurzer folgendermassen stellung: erst seit dem bundesstrassengesetz bietet sich fuer die planung die moeglichkeit, bereits bei den generellen projekten den laermschutz zu beruecksichtigen.

fuer den bau der donauuferautobahn im raum wien sind 400 ab-siedlungen vorzunehmen und laermschutzmassnahmen zu ueberlegen.

die stadterneuerung sei nicht so sehr ein finanzielles als ein menschlichesn problem. die alten menschen stehen einer re-novierung ihres gebietes, die laengere zeit dauert, ablehnend gegen-ueber.

fuer den 10. bezirk wird ein generelles verkehrskonzept ausge-arbeitet, das die verlaengerung der u 1 nach rothneusiedl, sowie die infrastruktur der wienerberg-gruende gemeinsam behandelt.

die information der bvoelkerung nimmt einen breiten raum innerhalb der geschäftsgruppe stadtplanung ein. beispielsweise wird der-zeit im messepalast eine ausstellung ueber die stadtentwicklung wiens praesentiert, die zeigt, wie langfristig stadtplanung wiksam ist. eine weitere ausstellung ueber die planung der gegenwart soll im sommer eroeffnet werden. allen buergern soll die moeglichkeit der aktiven mitwirkung geboten werden. plaene sind ein stueck papier, so lange sie nicht vom menschen realisiert werden. die menschen stehen jedoch nur dann hinter den projekten, wenn sie daran beteiligt sind, meinte wurzer. obwohl durch die umfangreiche mit-sprache manchesmal planungsentscheidungen verzoegert werden, darf auf aktive mitwirkung aller buerger nicht verzichtet werden.

(ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

mayr: mehr bundesmittel fuer lehrlinge in wien

13 wien, 13.12. (rk) zum vorschlag der wiener handelskammer, in wien eine eigene lehrlingsfoerderung einzufuehren, erklarte finanz- und wirtschaftsstadtrat h a n s m a y r der 'rathaus-korrespondenz', er stehe diesem vorschlag grundsaeztlich positiv gegenueber. allerdings muesste vorher versucht werden, mehr mittel fuer wien aus den geldern der arbeitsmarktverwaltung zu bekommen. von den 2000 gefoer- derten lehrplaetzen fuer ganz oesterreich entfallen nur 20 auf wien. dieser zustand ist ungerecht, und wien wird alles unternehmen, um auf dem verhandlungswege einen gerechteren aufteilungsschluessel zu erreichen. wenn man einen hoeheren anteil an der bundesfoerderung erreicht hat, wird man weitersehen, ob die situation eine zusaetz- liche eigene wiener foerderung verlangt. (sei)

1250

k o m m u n a l :

=====

ehrenmedaille fuer univ.-prof. dr. husslein
wiener orden fuer verdiente aerzte

16 wien, 13.12. (rk) im rathaus ueberreichte mittwoch gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r einer reihe von aerzten die ihnen vom land wien verliehenen auszeichnungen.

die ehrenmedaille der bundeshauptstadt wien in gold erhielt der vorstand der (roem.) 2. universitaets-frauenklinik im allgemeinen krankenhaus univ.-prof. dr. hugo h u s s l e i n . husslein von 1956 bis 1964 leiter der semmelweis-frauenklinik, hat sich sowohl durch seine praktische aerztliche taetigkeit als klinikvorstand als auch durch seine umfangreiche publizistische taetigkeit internationale anerkennung als gynaekologe erworben. ausserdem ist er auch mitglied verschiedener in- und auslaendischer gynaekologischer gesellschaften. darueber hinaus hat sich prof. husslein aber auch grosse verdienste um den aufbau der familienplanungsstellen und als praesident der oesterreichischen krebssliga erworben.

das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien erhielten:

univ.-prof. dr. ernst b a u e r , ehemaliger vorstand der hno-abteilung im franz josef-spital.

univ.-prof. dr. johann c z e r m a k , vorstand der fruehgeburttenabteilung des preyer'schen kinderspitals. czermak ist seit rund 30 jahren im in- und ausland auf dem gebiet der sozialmedizin des kindesalters wissenschaftlich und publizistisch taetig.

dr. margaretha j a b l k o v s k i , aerztliche leiterin der krankenanstalt "haus der barmherzigkeit" im 18. bezirk.

univ.-prof. dr. erich r e i m e r , ehemaliger vorstand der (roem.) 3. medizinischen abteilung im franz josef-spital, der sich besondere verdienste um die errichtung einer spezialambulanz fuer blutkrankheiten beziehungsweise von versorgungseinrichtungen auf dem gebiet der kardiologie erwarb.

univ.-doz. dr. wilhelm s o l m s , ehemaliger aerztlicher
direktor des psychiatrischen krankenhauses baumgartner hoehe.

reg. rat ernst w o l o s z c z u k , direktor der landesstelle
wien der sozialversicherungsanstalt der gewerblichen wirtschaft fuer
die sozialversicherungsrechtliche betreuung der wiener wirtschafts-
treibenden. (z1)

1418

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

bauten

18 wien, 13.12. (rk) gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) wies als erster debattenredner zum kapitel bauten darauf hin, dass im finanz- und investitionsplan fuer die kommenden fuenf jahre der kommunale wohnbau wieder einen besonderen schwerpunkt darstellt. entgegen anderer absichtserklaerungen sind es jedoch weiterhin grosse vorhaben am stadtrand. damit werden die verkehrsprobleme weiter verschaeerft, die umweltbelastungen verstaerkt. die oeffentlichen verkehrsmittel halten mit dieser entwicklung nicht schritt, denn fuer die verlaengerung der u 1 nach dem sueden ist in den naechsten jahren kein geld da. beim strassenbau faellt auf, dass keine deutliche mehrbudgetierung erfolgt. das ist schon deshalb unbefriedigend, weil viele wiener strassen in einem schlechten zustand sind und "rumpelkisten" gleichen. das schadet der wirtschaft in vielfacher weise. unverstaendlich ist es auch, dass seit 15 jahren die westeinfahrt der a 1 beim auhof endet. der verkehrstrom muss sich ueber die alte bundesstrasse bis schoenbrunn quaelen, ehe dort die erste teilungsmoeglichkeit besteht. in diesem ist auch der brueckenzustand sehr schlecht. der nicolaisteg, obwohl erst zweielf jahre alt, muss generalsaniert werden. trotz der eroeffnung der neuen huetteldorf bruecke wird es voraussichtlich zu betraechtlichen verkehrsbehinderungen kommen. damit ergibt sich aber die frage, wie und wann endlich der floetzersteig ausgebaut wird.

was die fuenfte donaubruecke betrifft, ist die fpoe seit jeher der ansicht, dass sie nicht notwendig ist. abgesehen davon, dass die vergabe der arbeiten dem vernehmen nach ohne ausschreibung bereits erfolgt ist - was hoehere baukosten befuerchten laesst - waere es besser, um das geld mehrere kleinere bauvorhaben zu verwirklichen, wie etwa eine grosszuegige loesung der westeinfahrt oder eine teilweise tieferlegung des guertel. vor allem aber waere wichtig, die autobahn durch die brigittenau und ueber die alte donau aus dem bundesstrassenprogramm ersatzlos zu streichen. buenger-

meister gratz hat zwar versprochen, dass diese autobahn nicht gebaut wird, im flaechenwidmungs- und bebauungsplan ist aber noch das sechzig meter breite verkehrsband vorgesehen. die unsicherheit der bevoelkerung bleibt also bestehen. der neubau der philadelphia-bruecke ist zu begruessen, doch scheint ein fehler passiert zu sein. angeblich kann infolge der brueckensituierung die kuenftige schnell-strassenbahnlinie 64 nicht direkt in die meidlinger hauptstrasse einfahren, sondern muss ueber eine schleife am meidlinger bahnhof vorbei wieder zur bruecke zurueckgefuehrt werden.

was der 64er an geschwindigkeit bis zur bruecke gewinnt, ginge nachher wieder verloren. eine sehr ernste frage ist schliesslich der hochwasserschutz am rechten donauufer. dort geht nicht viel weiter. im interesse einer rascheren herstellung wird in einem **a b a e n d e r u n g s a n t r a g** verlangt, den budgetansatz dafuer von 596 millionen auf 654 millionen zu erhoehen.

(smo) (forts)

1452

wiener gemeinderat (9):

bauten (forts.)

19 wien, 13.12. (rk) bei den mitteln fuer den strassenbau sei ein rueckgang festzustellen, erklarte gr. **a l r a m** (oevp). waehrend die ansaetze fuer den strassenbau schon 1978 mit 0,63 prozent des budgets laecherlich waren, so sind sie nunmehr auf 0,58 prozent gesunken. fuer den ausbau der hauptverkehrsstrassen sind nur 53,9 millionen vorgesehen, das ist ein promill des budgets. die ansaetze sind ungenuegend und unrealistisch, wo echte schwerpunkte zu setzen gewesen waeren. ueber die aufgrabungen gibt es eine fuelle von beschwerden, kritisierte alam.

mit fragen des kommunalen wohnbaus setzte sich gr. dipl.-vw. **karoline p l u s k a l** (spoe) auseinander. in der ersten republik wurden 65.000 gemeindewohnungen errichtet. der kommunale wohnbau stand im mittelpunkt der kritik. im zweiten weltkrieg wurden 88.000 wohnungen zerstoert. nach dem krieg stand der wiederaufbau im vordergrund. die loesung der wohnungsnot musste durch rationalisierungen erreicht werden. heute haben die architekten die moeglichkeit, ihre

vorstellungen weitgehend zu verwirklichen. diejenigen, welche die meiste zeit in den wohnungen verbringen, naemlich die frauen, sollten bei der planung groessere mitsprachemoeglichkeiten erhalten. die bautaetigkeit verlagert sich immer mehr zur stadterneuerung. waren 1972 nur 11 prozent der kommunalen wohnbauvorhaben stadterneuerungsprojekte, so sind es 1978 55 prozent, 1979 werden es 72 prozent sein. dadurch wurde auch die durchschnittsgroesse der baustellen geringer. die schwerpunktverlagerung auf die stadterneuerung bringt auch eine verstaerkte arbeitsintensitaet. derzeit sind auf den baustellen des kommunalen wohnbaus rund 3.000 menschen beschaeftigt. der aspekt der arbeitsplatzsicherung durch den kommunalen wohnbau kann nicht hoch genug eingeschaezt werden. pluskal verwies auf das hohe niveau der wohnungsausstattung. auch die groesse der wohnungen entspricht internationalem standard. die infrastrukturbeduerfnisse werden beruecksichtigt. der kommunale wohnbau hat auch eine preisregulierende funktion. fuer uns sozialisten ist der kommunale wohnbau unabdinglich, schloss pluskal. (ger) (forts.)

1503

wiener gemeinderat (10):

bauten (forts.)

20 wien, 13.12. (rk) die gelder fuer die untersuchung der bruecken sind von 25 millionen auf 20 millionen zurueckgegangen, ebenfalls die mittel fuer reparaturen von 13,2 auf 12 millionen, erklaerte gr. hoffmann (oevp). das ist ein arger rueckfall in vergangene zeiten.

hoffmann kritisierte die hohen baukostensteigerungen bei einzelnen kommunalen wohnbauten. der finanzstadtrat muss beinahe schon ein eigenes budgetkapitel "nicht eingeplantes" eroeffnen und dafuer betraege in milliardenhoehe bereitstellen. zu begruessen ist, dass gelder vom kommunalen wohnbau zu anderen bautraegern umgeschichtet werden. noch im vorjahr wurde ein antrag der oevp in diese richtung abgelehnt. leider hat die stadterweiterung noch immer vorrang. 53 prozent der neubauten liegen ausserhalb des quertels. (sei) (forts.)

1508

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

bauten (forts.)

21 wien, 13.12. (rk) fuer den ausbau des strassennetzes und fuer den brueckenbau sind im budget 791,5 millionen vorgesehen, stellte gr. h a b e r l (spoe) fest. fuer die sanierung der 2.500 kilometer gemeindestrassen werden 133 millionen, um 17 prozent mehr als im vorjahr benoetigt. neben zahlreichen fortsetzungsarbeiten werden im kommenden jahr folgende neue strassenbauten in angriff genommen: eine strasse im auhof und eine weitere auf der gelben heide im 23. bezirk. im jaenner 1979 soll das verbindungsstueck zwischen der bruenner strasse und der donaukanalschnellstrasse, die sogenannte s 2 als hochstrasse in angriff genommen werden. sie wird mitte 1980 dem verkehr uebergeben. die prager strasse wird ohne mittelpfeiler und ohne verkehrsbeschraenkungen ueberquert. fuer die donauuferautobahn im abschnitt strebersdorf bis zur floridsdorfer bruecke stehen 170 millionen zur verfuegung. zwischen der floridsdorfer bruecke und der nordbruecke wird erstmals eine gruenbruecke errichtet. sie wird im fruehjahr 1979 in angriff genommen und bis 1981 fertiggestellt sein. ebenfalls im kommenden jahr wird mit dem bau der hochstrasse in kaiser-ebersdorf begonnen. erleichterungen wird es auch auf der west-ein- und ausfahrt geben. der floetzersteig wird in hochlage als leistungsfahiges verkehrsband ueber die nikolaibruecke gefuehrt und direkt an die westautobahn angebunden. eine weitere verbesserung: die linzer strasse zur westautobahn wird ausgebaut und die august ritt-bruecke wird neu errichtet. die strassenneubauten werden zur entflechtung des verkehrs beitragen und all jenen menschen, die derzeit im bereich der verstopften strassen wohnen, eine wesentliche entlastung bringen.

bei brueckenbauten sind im kommenden jahr der baubeginn fuer die brigittenauer bruecke als verbindung zwischen den beiden donau-ufnern vorgesehen, sowie der neubau der ameisbruecke im kommenden sommer. fuer die erhaltung der in gemeindeverwaltung stehender bruecken sind 24 millionen, fuer die bundesbruecken 54 millionen bereitgestellt. 55 bruecken werden im kommenden jahr einer hauptpruefung unterzogen. der budgetansatz der geschaeftsgruppe bauten traegt zur vekehrsentflechtung und im bereich des brueckenbaus zur sicherheit aller wienerinnen und wiener bei. (ba)(forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

bauten (schluss)

22 wien, 13.12. (rk) amtsfuehrender str. b o e c k (spoe) nahm zu einigen in der debatte aufgeworfenen fragen stellung: die vergabe der arbeiten fuer die brigittenauer bruecke ist noch nicht erfolgt, sie wird ordnungsgemaess ausgeschrieben werden. die freihaendige vergabe der floridsdorfer bruecke war aus einer notsituation notwendig. ueber die neue philadelphiabruecke war bisher nur gutes zu hoeren. einen fehler, durch den die schnell-strassenbahn nicht direkt in die meidlinger hauptstrasse einfahren koenne, gibt es nicht. die strassenbahnlinie wird deshalb zuerst zum meidlinger bahnhof gefuehrt, weil dort die umsteigemoeglichkeit zur schnellbahn und zu den autobussen besteht. es war viel aufwand noetig, um die autobus-haltestellen dort zusammenzufassen. was die kritik des gr. alram am karlsplatz betrifft: es kommen sehr viele briefe von leuten, die zunaechst mit der neugestaltung nicht einverstanden, aber nun nach der begruenung sagen, dass sie ihre meinung revidiert haben. wenn bemaengelt wird, dass fuer die behebung von frostschaeden auf den strassen zu wenig geld vorgesehen ist, kann versichert werden, dass, wie in den vergangenen jahren, genuegend mittel zur verfuegung stehen werden, falls sich ein mehrbedarf ergibt.

dass die strassenbauten zu lange dauern, stimmt einfach nicht. man darf nicht vergessen, dass es fuer einbauten sechs dienststellen gibt, und die einbauten brauchen eben am laengsten. die ansaetze fuer brueckenueberpruefungen sind nicht zu gering, weil die grosse ueberpruefungsperiode vorbei ist. uebrigens ist im budget nicht enthalten, was mit dem bund verrechnet wird. zu insolvenzen in der bauwirtschaft: sie sind fast durchwegs selbst verschuldet worden, keinesfalls auf schlechte auftragssituation oder laessige zahlung fuer erbrachte leistung zurueckzufuehren. traurig ist, dass dabei viele subunternehmer unverschuldet mitgerissen werden. es stimmt auch nicht, dass beschwerden einfach liegen blieben.

die abteilungen kommen dem auftrag nach, beschwerden prompt nachzugehen und schwierigkeiten zu beheben. und schliesslich zur

reinprechtsdorfer strasse: die sanierung ist im kommenden budget vorgesehen. die einbauten werden mai/juni fertig sein, dann beginnt der eigentliche strassenbau. der mahnung zur toleranz und sachlichkeit, wie sie oevp-gr. prof. bittner aussprach, widerspricht es aber, wenn die oevp ein bezirksflugblatt verbreitet, in dem behauptet wird, die sozialisten wollen die reinprechtsdorfer strasse sperren (rufz.) damit wird wieder einmal versucht, die bevoelkerung zu verunsichern, den zusammenbruch der nahversorgung und zusaetzliche laermbelaestigungen prophezeit. das ist keine sachlichkeit. denn noch bei jedem strassenbau wurde und wird die zufahrt gesichert, und auch in der reinprechtsdorfer strasse wird jeweils eine strassenseite zur verfuegung stehen. (smo) (forts.)
1621

wiener gemeinderat (13):

wohnen

23 wien, 13.12. (rk) der schwerpunkt der wohnbautaetigkeit soll bei der staedterneuerung liegen, erklaeerte gr. dipl.-ing. dr. pawkowicz (fpoe) als erster debattenredner zum kapitel "wohnen". die oeffentliche foerderung bei der modernisierung von altwohnungen traege zu einer wesentlichen verbesserung des wohnungsstandards in wien bei. sanierte altwohnungen garantieren einen hohen wohnwert, vor allem, wenn sie in gebieten mit einer funktionierenden infrastruktur liegen. auf den notwendigen gruenraum muesse bedacht genommen werden. besonders im innerstaedtischen bereich sei der gruenanteil sehr gering. im sinne einer vermehrten schaffung von gruenflaechen im stadtgebiet sei es notwendig, einen betrag von 50 millionen jaehrlich fuer den ankauf geeigneter flaechen bereitzustellen. pawkowicz brachte einen antrag ein, der die schaffung eines "gruenlandfonds" vorsieht. auch gebe es zuwenig kinderspielplaetze in der stadt.

24 prozent der wohnungen haben kein wasser oder wc. durch wohnungszusammenlegungen koennen aus substandard- standardwohnungen gemacht werden. fuer den wohnungstausch sind neue voraussetzungen zu ueberlegen. ein wohnungstauschrecht fuer mieter eines wohnhauses waere gerechtfertigt. zum zweck der altstadterhaltung waere sogar

eine tauschpflicht in erwägung zu ziehen.

es gibt erfreuliche ansätze in der frage der behindertenwohnungen. hundert behindertenwohnungen in den letzten acht jahren seien aber zu wenig. es bestehe ein grosser nachholbedarf. die verstärkte wohnraumbeschaffung fuer behinderte wuerde eine beschleunigte reintegration und darueber hinaus das freiwerden von betten in pflegeheimen bedeuten. bei kuenftigen bauten der stadt wien und bei gefoerderten wohnbauten sollte ein fester prozentsatz - etwa 7 bis 10 prozent - fuer behindertenwohnungen vorgesehen werden. da der grossere teil der wohnbaufoerderung an genossenschaften gehe, sollte eine kontrolle der wohnbaugenossenschaften durch das kontrollamt mit einer art "ombudsmann fuer genossenschaftsgeschaedigte" eingerichtet werden. (ger) (forts.)

1709

wiener gemeinderat (14):

wohnen (forts)

24 wien, 13.12. (rk) die mietzinsungerechtigkeit wird immer groesser, erklarte gr. h a h n (oevp). waehrend 165.000 altwohnungen mieteneinnahmen von 210 millionen bringen, zahlen 35.000 neubaumieter insgesamt 564 millionen. mieter von neuen wohnungen zahlen im schnitt den 13fachen zins von altwohnungen.

trotzdem waechst die unzufriedenheit der mieter in den alten wohnungen. ursache ist der zum teil schlechte erhaltungszustand dieser bauten. hahn stellte den a b a e n d e r u n g s a n t r a g , fuer die sanierung von alten gemeindebauten um 20 millionen mehr bereitzustellen.

aus spekulationsgruenden werden oft private haeser nicht renoviert. die moegliche ersatzvornahme durch die gemeinde wird viel zu langsam gehandhabt. es stehen dafuer auch nur 4 millionen zu verfuegung. hahn stellte den a b a e n d e r u n g s a n t r a g , die gelder fuer ersatzvornahmen um 16 millionen zu erhoehen.

die wohnungsverbesserung konnte nicht erreichen, dass in verstärkter form kleinwohnungen zusammengelegt werden. dies koennte durch einen wohnhauserneuerungsfonds geschehen. hahn stellte

den a b a e n d e r u n g s a n t r a g , einen wohnhauserneuerungsfonds zu gruenden und mit 100 millionen s zu dotieren.

die geforderten mehrausgaben in der hoehe von 136 millionen schilling sind keine lizitation, sondern koennten ohne weiteres durch einen geringeren ankauf von wertpapieren finanziert werden.
(sei) (forts.)

1714

wiener gemeinderat (15):

wohnen (forts)

=++++

25 wien, 13.12. (rk) erklartes ziel der sozialisten ist es, in den naechsten fuenf jahren fuer mindestens 75.000 wiener familien zeitgemaesse wohnverhaeltnisse zu schaffen, stellte gr. l u s t i g (spoe) fest. im budget 1979 sind fuer die erhaltung der kommunalen wohnhaeuser 339,8 millionen bestimmt. im vergangenen jahr wurden in 2.400 stiegen instandhaltungsarbeiten durchgefuehrt, in 68 wohnhausanlagen wurden personenaufzuege fertiggestellt. vom wohnungsamt wurden 1978 7.024 gemeindewohnungen zugewiesen, darunter an 1.825 junge ehapaare. die zahl der vormerkungen ist erfreulicherweise unter 20.000 gesunken. von 7.898 ansuchen zur wohnungsverbesserung wurden 6.927 faelle mit ueber 429 millionen s positiv behandelt. rund drei viertel aller bewilligten antraege betreffen heizungen, der ueberwiegende anteil etagenheizungen. eine erfreuliche bilanz weist auch das wohnungsberatungszentrum auf. seit bestehen der informationsstelle 1968 bis oktober 1978 wurden 203.600 beratungen durchgefuehrt, davon 19.541 beratungen im heurigen jahr. zum mietengesetz stellte gr. lustig fest, dass die mietervereinigung seit 1975 die modifizierung der gesetzlichen kuendigungsgruende fordert, weil bei abbruchskuendigungen der gekuendigte mieter oft veranlasst wird, von einem abbruchhaus zum anderen zu ziehen. gerade beim bemuehen um ein neues mietengesetz trete die doppelzuengigkeit der oevp deutlich zutage: im rathaus bedaure gr. hahn die derzeitige situation bei den ersatzwohnungen, im parlament verzoegern die vertreter der oevp alle positiven vorschlaege fuer ein neues mietrecht. in den naechsten jahren werden sowohl zahlreiche Neubauten errichtet, als auch durch wohnungsverbesserung ein erhoehter wohnungsstandard in den altbauten erreicht. (ba) (forts)

1736

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

wohnen (forts.)

26 wien, 13.12. (rk) gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp) erklarte, dass grundkauf, planen, bauen und wohnen eine einheit bilden. an dieser einheit fehlt es jedoch in der wiener wohnbaupolitik. es wurden sicher grosse leistungen vollbracht, aber nicht immer in der richtigen art, zum richtigen zeitpunkt und an der richtigen stelle. in der wohnbau-planung gibt es seit fuefzehn jahren praktisch eine schoepferische pause. es gibt keine regionalkonzepte, keine bezirkskonzepte. vor allem aber hat man sich nicht um die mitgestaltung durch die buerger bemueht, mit der einzigen ausnahme im stadterneuerungsgebiet ottakring. die wohnbauleistungen sinken staendig. wurden in den fuefzigerjahren noch jaehrlich 10.000 bis 12.000 wohnungen gebaut, so werden es in den siebziger und achtziger jahren unter 7.000 wohnungen pro jahr sein, was jedoch als minimalster bedarf angesehen wird. vor allem wird aber noch immer am stadtrand gebaut, wo die erst zu schaffende infrastruktur bis zu 40 prozent der gesamtbaukosten verschlingt. in den inneren bezirken ist die infrastruktur vorhanden. die sozialisten haben zwar ploetzlich die stadterneuerung entdeckt, reden sich aber aus, dass zu wenig grund und boden vorhanden sei. in wirklichkeit reichen die bodenreserven fuer den wohnbau der naechsten sieben jahre. und die haelfte davon befindet sich im innerstaedtischen bereich. es ist auch durchaus kein neues bodenbeschaffungsgesetz erforderlich, weil die bisherigen gesetzlichen moeglichkeiten ausreichen. an fehlender oder falscher planung wird sogar in der az kritik geuebt, und die arbeiterkammer stellte fest, dass man bei der errichtung der wohngebiete am stadtrand nicht an nahe arbeitsmoeglichkeiten gedacht hat.

der redner stellte die frage, ob es richtig ist, dass altgemeindewohnungen nur an sozialisten vergeben werden. er regte an, dass in sozialen faellen auch finanzielle hilfen bei hohen betriebskosten und nicht nur beim reinen mietzins gegeben werden. er brachte den r e s o l u t i o n s a n t r a g ein, dass die neuen wohnungen am spittelberg nicht nur in miete vergeben werden, sondern auch als eigentumswohnung verkauft werden. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

wohnen (forts)

27 wien, 13.12. (rk) die stadt wien hat ihre taetigkeit auf dem gebiet der stadterneuerung ausgeweitet, stellte gr. ing. h o f - s t e t t e r (spoe) fest. die wohnung ist die grundlage fuer eine glueckliche familie. entscheidend ist nicht, ob es eine eigentums-, genossenschafts- oder mietwohnung ist, entscheidend ist die qualitaet. der kommunale wohnbau hat in den letzten jahren deutliche akzente gesetzt. 1976 wurden 39 prozent der wohnungen in wien von der gemeinde gebaut, in den anderen bundeslaendern errichteten die gebietskoerperschaften neun prozent der wohnungen. auch die taetigkeit der gemeinnuetzigen wohnungsunternehmen war in wien staerker als im uebrigen oesterreich. grundlagen fuer die feststellung des wohnungsbedarfs sind unter anderem die zahl der vormerkungen, der eheschliessungen, der geburten. eine weitere komponente ist die kostenseite, die derzeitige wohnungsproduktion ist ausreichend. die wohnungsverbesserung ist in die rechnung miteinzubeziehen. wir haben rechtzeitig bedarfsrechnungen angestellt, erklaeerte hofstetter. heuer werden 7.500 wohnungen gefoerdert, 1979 8.000. das derzeitige system der 45prozentigen foerderung und der subjektfoerderung ist das gerechteste system. es ist ein bestimmtes foerderungsvolumen vorhanden. bei einer anhebung der foerderung koennten weniger wohnungen gebaut werden. es ist der grundsatz der sozialisten, dass derjenige die wohnung bekommt, der sie braucht, nicht der, der das geld hat. fuer die subjektfoerderung werden 900 millionen aufgewendet. dieser betrag wird in den naechsten jahren noch steigen. wien hat die beste subjektfoerderung in oesterreich. heuer koennten nur 46.000 quadratmeter fuer wohnbauzwecke erworben werden. fuer 2.000 wohnungen braucht man je nach bebauungsdichte mindestens 80.000 quadratmeter. der bodenmarkt soll nicht der reinen marktwirtschaft allein untergeordnet sein. hofstetter sprach sich fuer ein eintrittsrecht der gemeinde in grundkaeufe aus. durch eine reihe von massnahmen ist es gelungen, die grundpreise etwas in den griff zu bekommen. hofstetter stellte dem durchschnittlichen

quadratmeterpreis 1975 von 542 schilling den preis von 441 schilling im jahr 1978 gegenueber. (ger)

gr. dr. peter m a y r (oevp) kritisierte, dass beim abloesen von kleingaerten die eigentuemer zu wenig informiert werden. ein postbeamter, alleinverdiener, mit drei minderjaehrigen kindern, trat wegen eines kanalbaues seinen kleingarten um 116.000 schilling an die gemeinde ab. mit diesem geld kaufte er gleich ein anderes grundstueck. niemand sagte ihm damals, was dann monate spaeter eintrat: das finanzamt forderte von ihm grunderwerbssteuer fuer den verkauften garten, einschliesslich einer strafe in der hoehe von rund 8.000 schilling. es ist ueblich, so dr. mayr, dass diese kosten normalerweise der kaeufer traegt, und er regte an, dass die stadt wien in zukunft die grunderwerbssteuer uebernimmt. noch dazu, da der groesste teil dieser steuer wieder der stadt zufliesst.

gr. dr. e b e r t (oevp) erklarte zum debattenbeitrag von gr. ing. hofstetter, man sollte nicht das eigentum verteufeln, wenn man selbst eine eigentumswohnung besitzt.

gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) erklarte dazu, dass er nie gegen eigentumswohnungen polemisiert habe. er sei nur der meinung, dass eine gefoerderte wohnung nur jener bekommen soll, der sie aus finanziellen gruenden braucht. (sei) (forts.)

1835

wiener gemeinderat (18):

wohnen (schluss)

28 wien, 13.12. (rk) im vordergrund einer humanen gesellschaftsordnung stehen besonders die fragen des wohnungsbaus, da die wohnung ein soziales gut ist, das auch den sozial beduerftigen und den kinderreichen familien zur verfuegung gestellt wird, stellte stadtrat p f o c h (spoe) in seinem schlusswort fest. in den letzten fuenf jahren sind fuer mehr als 90.000 familien neue wohnungen geschaffen worden. 50.000 wohnungen wurden neu errichtet, 40.000 verbessert. die wohnungsverbesserung nahm einen enormen aufschwung seitdem ab 1974 die antraege nicht nur durch den hauseigentuemer, sondern von den mietern selbst eingebracht werden koennen. neben der objekt-

foerderung spielt auch die subjektfoerderung eine grosse rolle. etwa 90 prozent aller mieter in den gemeindewohnungen erhalten subjektfoerderungen. die sogenannten paragraph 7-antraege zur renovierung eines gebaeudes unterliegen strengen regeln. keinesfalls darf die belastung fuer die mieter mehr als 22,5 schilling pro quadratmeter im falle der renovierung betragen.

zum thema stadterneuerung und stadterweiterung stellte pfoch fest, dass 1978 73 prozent aller Neubauten in den inneren stadtbezirken errichtet wurden und nur 27 prozent in stadterweiterungsgebieten. immer wieder wird auch versucht, private zur stadterneuerung zu bewegen. am spitteberg wurden die hausbesitzer von den moeglichkeiten der foerderungsmassnahmen in kenntnis gesetzt, um sie zur revitalisierung und sanierung des gebietes zu bewegen.

grund und boden waren in der letzten zeit besonders von politischer polemik betroffen. stadtrat pfoch erinnerte daran, dass der beschluss zum ankauf der marco polo-gruende im gemeinderat einstimmig gefasst wurde. seit 1973 sei kein einziger quadratmeter spekulationsverdaechtiger grund gekauft worden. um spekulationen und hintermaenner auszuschalten, sollen ein grundstueckspool geschaffen und eine kommission eingesetzt werden, die entscheidet, wer in welchem gebiet verhandeln soll. pfoch versicherte, dass wohnungsantraege stets auf der basis der rechtmassigkeit und gerechtigkeit behandelt werden und keinesfalls auf grund von politischer protektion. (ba) (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -